Dankansprache zur Preisverleihung am 26.11.2015 in Mainz

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor 37 Jahren habe ich den Schuldienst in Rheinland-Pfalz Richtung Bayern verlassen und einen Lehrstuhl für Politische Bildung an der Katholischen Universität in Eichstätt übernommen. Gewiss, die Verbindungen zu meinem alten Wirkungskreis waren nicht ganz abgerissen, aber es erstaunt mich doch, dass man sich nach so langer Zeit hier meiner noch so sehr erinnert, dass man mich mit einem Preis ehrt für Verdienste um die politische Bildung in Rheinland-Pfalz. Dafür gebührt mein herzlicher Dank allen, die daran mitgewirkt haben, vorweg dem Landesverband der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und vor allem seinem Vorstand. Herzlichen Dank Ihnen, verehrte Frau Pohl, für Ihre kenntnisreiche und anerkennende Würdigung meiner Publikationen zur wissenschaftlichen Fundierung politischer Bildung. Ich habe nicht von allen Fachkollegen, die sich über mich geäußert haben, den Eindruck gehabt, dass sie genau gelesen hatten, worüber sie redeten. Bei Ihnen, verehrte Frau

Pohl, hatte ich schon vor Ihrer Laudatio keinen Zweifel daran. Und natürlich auch über Sie, lieber Herr Schwehm, brauche ich dazu kein Wort zu verlieren. Wir haben jahrelang in intensiven Gesprächen an unserem gemeinsamen Lehrbuch Politik und an Curricula für Sozialkunde gearbeitet. Herzlichen Dank für Ihre lieben Worte und Dank allen, die Sie heute hier hergekommen sind.

Meine Damen und Herren, Feiern wie die heutige machen den Hauptbetroffenen meistens verlegen ~~machen~~. Ich kenne zwar niemanden, der nicht gern einmal gelobt, vielleicht gar gefeiert würde. Aber wer ehrlich ist, stellt manches Lob vor sich selbst auch in Frage. Nun kann ich so klugen Menschen wie Frau Pohl und Herrn Schwehm nicht gut widersprechen. Aber lassen sie mich meine Verlegenheit anders wenden. Was heißt eigentlich persönliches Verdienst? Die Talente, die einem mitgegeben wurden, sind jedenfalls reines Geschenk. Verdienst besteht darin, aus ihnen etwas gemacht zu haben. Aber auch das kann man nicht als einsames Individuum. Wir leben nicht als Monaden in dieser Welt. Niemand kann etwas bewirken ohne die Hilfe von Mitmenschen, und jede

persönliche Leistung ist auch auf Kooperation mit anderen angewiesen. Der Preis, den sie mir heute verleihen, ehrt so auch alle, mit denen ich zusammenarbeiten durfte...

Zudem hatte ich gute Chancen. Ich geriet als Fachleiter für politische Bildung am hiesigen Studienseminar in eine Zeitsituation, in der die alten Lehrpläne in Frage gestellt, neue Curricula entwickelt wurden; in der damit zugleich aber tieferliegende Fragen gestellt und kontrovers diskutiert wurden, für politische Bildung zumal die Frage nach einem konsistenten Politikverständnis, dann auch nach Wertgrundlagen und Zielen des Unterrichts und ob diese in einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft noch konsensfähig formuliert werden könnten. Das war die geistig-politische Situation, die mich herausforderte, an diesem schwierigen Gespräch, auch Streit teilzunehmen. Dankbar erinnere ich mich mancher Helfer, Mitstreiter, auch Gegner und kann aus der Rückschau feststellen, dass wir alle miteinander viel gelernt haben. In diesem gemeinsamen Lernprozess ist es uns damals, so meine ich, gelungen, politischer Bildung an Schulen und darüber hinaus eine

philosophisch-wissenschaftlich und praktisch gute Grundlage zu schaffen. Ich nehme Ihren Preis, liebe Freunde, entgegen als Anerkennung dafür, dass ich daran mitwirken konnte.

Erlauben Sie mir noch ein paar Anmerkungen zur Sache, also zur politischen Bildung, insbesondere zur immer erneut zu führenden Diskussion über ihre Ziele, Möglichkeiten und Grenzen. Wir sollten unsere Ziele nicht zu bescheiden, aber auch nicht zu idealistisch ansetzen. Interesse an Politik zu wecken, das ist gewiss schon etwas, zumal angesichts bedenklich niedriger Wahlbeteiligung. Dennoch wäre das zu wenig als eigentliche Zielsetzung systematisch betriebener politischer Bildung. Andererseits können wir mit politischer Bildung nicht den engagierten, politischen Aktivbürger hervorbringen, vielleicht von Ausnahmen abgesehen. Grundsätzlich müssen wir uns eingestehen, dass die vielen anderen Instanzen politischer Sozialisation, also das alltägliche Umfeld von Familien, Gruppen und Öffentlichkeit, sodann die Medien, heute für junge Menschen besonders die neuen sozialen Medien, auch die aktuelle Politik selbst und der öffentliche politische Streit mit seinen guten und weniger

guten Seiten – dass dies alles viel stärker Menschen in ihrem politischen Bewusstsein beeinflusst als die Bemühungen in unseren Bildungseinrichtungen. Aber die intentionale, geplante politische Bildung kann etwas leisten, was die anderen Instanzen nicht können; weshalb wir eben darin unsere spezifische Aufgabe sehen sollten: nämlich das Einüben politischer Urteilsbildung in einem dazu geeigneten Raum. Wobei Raum auch Zeitraum meint und mir zugleich die Forderung an die Bildungspolitiker nahelegt: Gebt politischer Bildung mehr Zeit.

Der These, politische Urteilsbildung sei das spezifische Ziel, die Aufgabe politischer Bildung, wird gern entgegengehalten, das Laufen auf handlungs- und emotionsarmes, auf praxisfernes Lernen, auf höhere Stufe auf Intellektualismus hinaus. Der Einwand verkennt den hohen Anspruch, aber auch die Chance, die in dieser Aufgabe liegt.

Politische Fragen, das sind nicht Sachfragen für den Fachverstand, nicht zu beantworten, wie Fragen in

Mathematik, Physik oder in der Grammatik der Sprache. Politische Fragen fordern unsere Verstandesfähigkeiten nicht weniger als diese Disziplinen, sie richten sich aber darüber hinaus an unsere Vernunft. In dem ich hier Verstand und Vernunft unterscheide und einander zuordne, bediene ich mich einer Unterscheidung und Denkfigur, die die gesamte europäische Philosophie von Platon und Aristoteles über Thomas von Aquin und Kant bis zu Karl Jaspers und Jürgen Habermas durchzieht. Vernunft meint unser Vermögen, über das verstandesmäßig Verfügbare hinauszudenken, Fragen zu stellen, die nicht mehr mit exakt Wissbarem zu beantworten sind; bei denen dennoch das Nachdenken nicht aufhören darf. Politik ist keine Sache, sondern ist menschliches Handeln. Sie ist immer kontrovers, steht im Für und Wider, sie betrifft uns alle in unseren Interessen, Meinungen, Wertungen, Überzeugungen. Urteilsbildung in diesem Feld erfordert also, sich die eigene Betroffenheit bewusst zu machen, mit unseren Mitmenschen in die Erörterung des Für und Wider einzutreten, Meinungen, Wertungen und Urteilsmaßstäbe aneinander zu prüfen und zu fragen, ob und wie man zum nötigen Konsens kommen, wie man Urteile und

Entscheidungen verantworten kann. Politische Urteilsbildung hat deshalb immer eine kognitive, eine kommunikativ-dialogische und eine moralische Dimension. Keine davon darf vernachlässigt werden oder gar ausfallen. Es ist hier nicht der Ort zu erörtern, was das für die Bearbeitung politischer Gegenstände in Schule und Erwachsenenbildung bedeutet. Aber wo diese gelingt, ist das kein praxisfernes Lernen an toten Gegenständen; es ist aber auch nicht das gesinnungshafte Beschwören hoher Werte. Es ist vielmehr die gemeinsame Auseinandersetzung mit Grundfragen unseres Zusammenlebens, die immer auch eine ethische Seite haben, aber nicht allein mit Moral oder guter Gesinnung zu bewältigen sind. Sie braucht dazu spezifisch-politische und selbstverständlich auch politisch-ethische Kategorien. Wenn ich hier den Begriff der Kategorien einführe, dann wissen die Fachleute unter Ihnen, dass dabei im Hintergrund das Konzept der kategorialen Bildung steht. Dazu nur so viel: Ich bin überzeugt, dass in diesem Konzept die Polarität von inhaltlicher Erkenntnis und formalen Fertigkeiten besser bewältigt wurde als in den Konzeptmodellen, über die man sich heute streitet

Ich bin auch nach wie vor skeptisch gegenüber neueren Versuchen, politische Bildung auf Erziehung zur Demokratie zu reduzieren. Es ist gar nichts sagen gegen das Einüben demokratischer Umgangs- und Entscheidungsformen in Kleingruppen. Aber Erziehung legt den Akzent zu sehr auf Gesinnungsbildung, mit der Gefahr, Politik moralisierend zu verfehlen, statt sie und mit ihr den Sinn des demokratischen Verfassungsstaates zu verstehen. Dieser selbst ist ein hochkomplexes Gebilde, das Licht in Analogie zur Schule verstehbar wird. In ihm verbinden sich Prinzipien wie Volkssouveränität, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, Partizipation und Repräsentation, verantwortliches Regieren und Opponieren, Öffentlichkeit und Transparenz und müssen im politischen Prozess immer wieder neu in Ausgleich oder zumindest in Balance gebracht werden. Dieses Gefüge von Institutionen ist seinerseits Ergebnis eines langen und konflikthaften geschichtlich-politischen Lernprozesses, und sein Verständnis, aber auch seine innere Aneignung durch die Bürgerinnen und Bürger ist selbst ein außerordentlich wünschbares Ergebnis politischer Urteilsbildung.

Ich will es mit diesen Bemerkungen bewenden lassen, sonst komme ich zu sehr ins Dozieren. Das muss und will ich jetzt anderen, Jüngeren überlassen, in der Hoffnung, dass es ihnen weiter und vielleicht noch besser gelingen möge, der hohen Aufgabe politischer Bildung gerecht zu werden. Ich danke Ihnen.